



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof A 7) 3600—3667, Amt Ferkelweg A 7) 3600—3667. Telegrafische Zentrale Ullstein: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wörschell 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 30 Pfennig Bestelgeld.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheft (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: zum Preis 25 Pfennig. Familien-Anzeigen: zum Preis 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr 135 • B 67

FREITAG, 20. MÄRZ 1931

ABEND-AUSGABE • V

## Bauzerkrenzer bewilligt

### Stimmhaltung der Sozialdemokraten bei der Baurate

Der Reichstag hat heute mittig den Teche- und Verthe-Gesetz mit allen gegen die kommunistischen Stimmen bewilligt. Bei der Abstimmung über die Baurate für den Bauzerkrenzer „A“ haben die Sozialdemokraten Stimmhaltung gezeigt.

Abg. Weis (Soz.) begründete sie vorher in einer Erklärung, in der er darauf hinwies, daß der Bauzerkrenzer „A“ von einer Parlamentsmehrheit gegen die sozialdemokratischen Stimmen beschlossen worden sei. Die Sozialdemokraten find auch gegen das Bauzerkrenzer „B“ und „C“ befinden sich damit in Übereinstimmung mit Millionen deutschen Volksgenossen, denen die Sicherheit Deutschlands nicht weniger am Herzen liegt als der Regierung und den bürgerlichen Parteien. Die Mehrheit für das Bauzerkrenzer „B“ ist aber im neuen Reichstag noch größer als die für den Bauzerkrenzer „A“ im alten.

Die durch den Auszug der ärgsten Rechten geschaffene Lückenfülle in der Mehrheit der bürgerlichen Parteien ändert nichts daran. Die Exponential der sozialistischen Gewaltpolitiker erfolgt von der Ablehnung der Schlußbeschlüsse den Einzug der Regierung und die Beratung einer sozialistischen Regierung. Dadurch gesteht sich die Abstimmung über die Schlußbeschlüsse zu einer sozialistischen Angelegenheit. Das Gelingen dieses Wanders müßte die vorkommenden Kräfte zur Macht bringen, die erschöpfen sich, mit allen, auch mit verwerdlichen Mitteln die arbeitenden Massen um alle politischen und sozialen Rechte zu bringen, die sie in zwei Generationen organisieren lassen können haben. Die Sozialdemokratie, die Republik und Volkswirtschaft mit sich und Deutschland auf einen sozialen Volkswirtschaft einwirft, darf die Staatsgewalt

nicht den sozialistischen und terroristischen Feinden der Demokratie ausliefern.

Auch wenn die Sozialdemokratie gegen die Erbschaftssteuer-Rahmen würde, könnte dies an deren Bau nichts ändern. Die Ablehnung durch die Sozialdemokratie würde nur die triumphierten Mitglieder der Sozialisten in den Reichstag und deren ungeliebten parlamentarischen Charakter zur schließlichen Billfakt bedeuten. Diese Öffnung wird die Sozialdemokratie durch Stimmhaltung durchkreuzen.

Die Erklärung des Abg. Weis, die mit einem Hoch auf die Republik schließt, wird von den Sozialdemokraten mit starkem Beifall, von den Kommunisten mit Bären und Schreien aufgenommen. Ein kommunistischer Abgeordneter wird aus dem Saale gewiesen.

Es folgen dann die Abstimmungen. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Cromeier wird mit 236 gegen die 62 kommunistischen Stimmen abgelehnt. Beim zweiten Mal wird der kommunistische Antrag auf Streichung des Erbschaftsbeschlusses überhaupt mit 200 gegen 62 Stimmen verworfen. In beiden Fällen haben die Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Parteien gestimmt.

Bei der Abstimmung über die vierte Baurate für den Bauzerkrenzer „A“ ergab die Zählung: 181 Ja, 71 Nein, 108 Enthaltungen; bei der ersten Baurate für das Bauzerkrenzer „B“: 188 Ja, 72 Nein, 107 Enthaltungen. Diesmal hatten die Sozialdemokraten sich auf wenige Mitglieder der Fraction, die gegen die Bauraten votierten, sich bei der Abstimmung gehalten.

## Dolchstoß gegen Europa?

### Unfähigkeit der Wirtschaft zur Einigung

Von DR. RUDOLF BECKER, Berichterstatter der Vossischen Zeitung

GENF, 20. MÄRZ

Das am wenig mehr als zwanzig Jahren bestehende Schlußprotokoll der dritten Zollfreibundkonferenz, die offiziell als zweite Sitzung der „Zweiten Konferenz für eine Vereinfachte Wirtschaftsunion“ bezeichnet wird, ist jetzt unterfertigt worden. Dieses Dokument mit der Attenuationsnummer „A.E.C./21“ ist der Totenfeier für die im September 1929 eingeleitete und genau vor dreizehn Monaten, am 17. Februar 1930 praktisch beendeten Vorarbeit zur wirtschaftlichen Einigung unteres alten Kontinents. Die Protokolle über die Verhandlungen der Wirtschaftsministerialrat, aus denen diese Konferenz zusammengesetzt war, die letzte fünf Jahren, sind vorzulegen. Die wirtschaftspolitische Denkwürdigkeit der Regierungen im dreizehnen Jahre nach dem großen Weltkriege abgeben. Für die Gegenwart ist daraus nichts zu gewinnen als die Erkenntnis, wie erkauflich viel Schaffens von den Vertretern der Wirtschaftsministerien aufgebracht wird, um die offiziell aufgestellten Tafeln der Außenministerien zu zerbrechen.

In die große Unternehmung der Schuldfrage einzutreten, die jetzt gerade von den Schuldnern natürlich am meisten diskutiert werden wird, hat gar keinen Sinn. Es gab nur wenige Wesen im Saale, die hängen weit geblieben waren. Ob die meisten Schuldminister nur aus französischen Beamtenbeständen oder aus englischen Beamtenbeständen oder aus deutschen Beamtenbeständen stammen, das ist für das Schicksal Europas wenig belanglos. Industrie und Landwirtschaft, Kleinrenten und Großrenten, Wirtschaftsminister und Politiker, so ziemlich aller europäischen Länder müssen sich heute genau so in die Schuld am Scheitern der wichtigste jetzt sehr unpopuläre Genfer Handelskonvention teilen, wie sie sich nach ihrem Zusammenbruch den Verleumdern daran freitig zu machen verstanden. Und der internationale Handel, der hauptsächlich interessierte Gewerbetreibende, blieb schneit, wie seit Jahren in internationalen Fragen. Natürlich war es äußerlich einbrudsellos, daß der Reichstag es dem deutschen Ministerialdirektor Postle ermöglicht hatte, noch kurz vor Vorentscheid die Mitteilung von der deutschen Ratifizierung der Handelskonvention zu machen, und die Verantwortlichkeit am eigenen Schicksal haftungslos über sich hinwegzudrücken, dem französischen Delegierten Ebel zugunsten. Aber das hindert die ausländische Presse natürlich nicht, die nicht unbedachte Frage aufzuwerfen, ob nicht der französische Senat die Konvention vielleicht schon ratifiziert und damit das Abkommen geteilt hätte, wenn die deutsche Regierung, die ja die Fristen auch genau kannte, sich mit der Ratifikation etwas mehr beeilt hätte.

Wenn jetzt England einen wirtschaftlichen Schutzplan vorlegen oder jedenfalls für die Schaffung seiner Zollfreie wirtschaftlichen und neue Ziele einfließen sollte, so wird das bei vielen Konferenz-Teilnehmern die Meinung verfestigen, daß es nicht nur Ungeheuerlichkeiten, sondern höchstens die englischen Delegierten gewesen sei, als er alle Vorhänge auf Einzelforderungen der Konvention absteht und die Beratung der Konferenz veranlaßt. So werden die Fälle dieses neuen Schuld-Gründungs- und Wirtschaftsplans hin und her fliegen wie in der Konferenz die juristischen Argumente für und gegen den mittig aufgestellten Plan für die „späteren Wirtschaftsverhandlungen“.

Dieser Plan aber ist überhaupt das Wichtigste. Die ganze Handelskonvention, ebenso wie der Zollfreie, den sie schließt, erhebt, sollte ja nur der Schirm sein, in dessen Schutz die Regierungen Europas einmal ungehindert von dem andauernd niederprüffenden Zollhagel über eine vernünftige Gestaltung ihrer Wirtschaftsbeziehungen reden könnten. Darauf ist es an. Daß der englische Handelsminister Graham von dem der Zollfreiebensplan kommt, zeigt natürlich der Meinung sein sollte, die von ihm mit sieben anderen europäischen Staaten, darunter Deutschland, eingeleiteten Verhandlungen fänden besser ohne diesen Schirm statt, ist schwer zu glauben. Aber gleichviel, der Plan für diese Verhandlungen besteht, und er wird natürlich durch das Scheitern der Handelskonvention überaus wichtig werden. Mit seinem Wert ist in dem ebenfalls am 24. März 1930 unterzeichneten Protokoll über das Programm der späteren Verhandlungen von der Handelskonvention die Rede. Nur die Abfertigungsmethoden, die vielleicht notwendigerweise Leute

## Wirtschafts-Vertrag Wien — Berlin

### Enger Zusammenschluß in naher Zukunft

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung W I E N, 20. MÄRZ

Der Hauptausfluß des Nationalrats trat heute mittig 1/2 Uhr zu einer besonders wichtigen Beratung zusammen. Es war selbstverständlich, daß die erste Unterredung des Parlaments in Defensivrichtung, von wo die Forderung nach engerem wirtschaftlichen Zusammenfluß mit dem Deutschen Reich ausging. Außenminister Dr. Schober erläuterte, daß er seine Unterredungen mit Dr. Curtius in Genf, Berlin und Wien und schließlich den Verlauf der weiteren Verhandlungen.

Daß nach der Sitzung um 1/2 Uhr ausgegebene Communiqué über die vertrauliche Beratung besagt nur kurz, daß sich an den Bericht Dr. Schobers eine Debatte knüpfte, an der die Sozialdemokraten Dr. Bauer, Staatskanzler A. D. Dr. Renner, Bürgermeister Geiß und Dr. Ellenbogen, ferner die Christlich-Sozialen Bundeskanzler A. D. und Handelsministerpräsident Stremwig und Finanzminister A. D. Wien und Reichsminister Dr. Curtius teilnahmen. Dr. Curtius und Stremwig gaben weitere Aufklärungen.

Die Veröffentlichung der bisherigen vertraulichen Verhandlungen dürfte gleichseitig in Wien und Berlin wachsende Morgen, Sonnabend, nach einer anderen Sitzung am Dienstag, erfolgen. Die Grundlage für das erste der von Dr. Schober angeregten regionalen Abkommen sehen für. Zwei deutsche Staaten werden sich in Gruppen immer enger in einem großen Wirtschaftsgebiet zusammenflußigen. Die Voraussetzung hierfür, Angliederung des Handels- und Zollrechts, zum Teil schon erfüllt, wird durch weitere intensive Arbeit vollendet werden.

Bei der Ausarbeitung des neuen Zolltarifs wird ebenfalls auf volle Vereinheitlichung hingearbeitet werden. Die Zolltarifarbeiten, die zeitlich begrenzt sein werden, dienen dem Schatz der schwächeren Teile der österreichischen Industrie für eine Lebensgrundlage. Bei dem deutsch-österreichischen Abkommen wird ferner Rücksicht genommen werden auf die bestehenden internationalen Verträge, so daß kein Anstoß zu Protesten von irgendwelcher Seite gegeben sein wird, dies umso weniger, als in der Absicht beider Regierungen, in Berlin und Wien, liegt, im gesamten Interesse der mitteleuropäischen und aller europäischen Staaten auf Regionalverträge mit anderen Staaten hinzuwirken und damit auch erste Schritte zur Vereinheitlichung der europäischen Ideen Verbands auf dem Gebiete der Handelspolitik zu machen.

Für Dr. Schober und was betont werden muß, für Bundeskanzler Dr. Cauer, der sich mit aller Kraft für das Abkommen mit dem Deutschen Reich einsetzt, ist der heutige Tag ein Ehren-Tag. In Genf, Wien und in der österreichischen Hauptstadt — hier wird durch den Rat zur Zeit, das in der vorerwähnten Sitzung auch Reichs-kanzler Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Curtius teilnahmen, das Tor für die wirtschaftliche Befreiung nicht nur des deutschen Volkes in Österreich und im Reich, sondern, wenn sie wollen, aller Völker Mitteleuropas weit erschlossen. Ein Anfang von höchster Bedeutung.

## Hermann Müllers letzte Stunden

Die vergangene Nacht hat im Befinden des früheren Reichs-kanzlers Müller eine weitere Verschlechterung gebracht. Die Temperatur stieg auf nahezu 41 Grad, das Bewußtsein ist meist getrübt, die Lungenentzündung ist weiter fortgeschritten.

Nach Mitteilung der Ärzte ist mit dem Ableben in den nächsten Tagen zu rechnen.

## Spaltung der kirchlichen Front

In den Verhandlungen über den protestantischen Kirchenvertrag hat nun auf kirchlicher Seite sich so weitgehende Meinungsverschiedenheiten aufgetan, daß das Gericht laut wird, die sieben „neuprotestantischen“ Kirchen werden ohne die Altprotestantische Union zu einem Abschlus mit dem Staat kommen.

Der Streit geht im jetzigen Stadium nur noch um die Modalitäten des Schiedsgerichts, das bei einem staatlichen Einspruch gegen einen für ein höheres Kirchenamt vorgelegenen Kandidaten eventuell einsetzt werden soll. Auf einer Konferenz in Magdeburg, die nur von den Vertretern der neuprotestantischen Kirchen besucht war, hat sich die Überzeugung Bahn gebrochen, daß an dieser Frage das Vertragswerk nicht scheitern dürfte. Die Altprotestantische Union wird sich unter Umständen wohl auf weiteren Widerstand berufen, der sie vollkommen isolieren würde.